

23. SEP 1963

## TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P./XVIII/180

Bonn, den 23. September 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1	Botschafter, die keine Botschafter sind	48
	Notwendige Änderungen im diplomatischen Dienst Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdB	
2	Prag	29
	Ministersturz mit noch unübersehbaren Auswirkungen	
2	Heinrich Borg	24
	Ein großer Verlust für den deutschen Sport	
2a	De Gaulle - Adenauer - Pompidou	44
	Bitte keine Illusionen!	
3 - 4	Evangelische Kirche in geteilten Deutschland	106
	Von Pfarrer Helmut Hild	
5 - 6	Atomwaffenfreie Zone?	54
	Verwirrende Nebenaspekte bei der Interparlamentarischen Union Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher	

Chefredakteur Günter Markscheffel

23. September 1963

Botschafter, die keine Botschafter sind

Notwendige Änderungen im diplomatischen Dienst  
Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdB

23 deutsche Botschafter, 18 davon allein in Afrika, die die Interessen der Bundesrepublik in 23 verschiedenen Ländern wahrzunehmen haben, sind gar keine Botschafter. Sie leiten nur eine Botschaft, d.h. sie haben zwar alle Botschafteraufgaben zu erfüllen, sie gelten auch den Regierungen gegenüber, bei denen sie akkreditiert sind, als Botschafter aber eben nur dort. Tatsächlich sind sie Oberregierungsräte, Legationsräte 1. Klasse, die mit der Leitung einer Botschaft beauftragt sind. Wenn sie im innerdienstlichen Verkehr als Botschafter zeichnen, dann können sie sich sogar strafbar machen.

Dieser Zustand ist untragbar und sollte so bald wie möglich geändert werden. Wer die Aufgaben eines Botschafters wahrnimmt, der muß auch Botschafter sein. Das sind wir den Diplomaten schuldig, die oft unter schwierigen Verhältnissen unsere Interessen zu vertreten haben.

Wir sind es vor allem aber auch den Wähler schuldig, in denen unsere Diplomaten akkreditiert sind. In welchen Ländern wir auch Leiter von Botschaften und nicht durch Botschafter vertreten sind, kann man jederzeit im Haushaltsplan nachlesen. Es ist weder geheim noch vertraulich. Was sollen insbesondere die betroffenen Länder von dieser Regelung denken? Müssen die Länder, in denen die Bundesrepublik nicht durch ordnungsgemäß ernannte und entsprechend beförderte Botschafter vertreten ist nicht annehmen, daß die Bundesregierung die Beziehungen zu diesen Ländern nicht so hoch wertet wie zu anderen Ländern?

Wir wissen, daß dem nicht so ist. Jedoch muß ein solcher Eindruck zwangsläufig entstehen.

Wir haben nichts gegen unsere Generalkonsulate z.B. in Basel, Zürich und Salzburg. Sie sind sicher notwendig. Daß sie aber höher eingestuft sind als die von uns angesprochenen 23 Botschaften in Afrika ist völlig unverständlich. In Basel, Zürich und Salzburg wird kaum Politik gemacht. Aber die 23 Botschaften in Afrika müssen unter oft sehr schwierigen Verhältnissen die deutsche Politik vertreten, manchmal gegen die Konkurrenz von Handelsmissionen der Sowjetzone.

Sicher sind auch die Gesichtspunkte der Verwaltung wichtig, der es um einen vernünftigen Stellenkegel geht, jedoch muß die Politik immer den Vorrang haben. Hier geht es ganz eindeutig um politische Entscheidungen. Wenn das Auswärtige Amt das nicht einsieht, dann muß der Bundestag bei der nächsten Haushaltsberatung entsprechend entscheiden.

Auch ein anderes Problem bedarf jetzt dringend der Regelung: Neben den Diplomaten vertreten Öffentlichkeits- und Pressereferenten, sowie Sozial-, Kultur- und Wirtschaftsreferenten in Angestelltenverhältnis die Interessen der Bundesrepublik an unseren Auslandsvertretungen. Viele von ihnen leisten Hervorragendes und sind aus unseren Auslandsvertretungen überhaupt nicht mehr wegzudenken. Ihnen muß bei entsprechender Eignung die Möglichkeit geboten werden, in den normalen diplomatischen Dienst im Beamtenverhältnis übernommen zu werden. Insbesondere bei den Pressereferenten ist seit längerer Zeit eine sehr starke Fluktuation bemerkbar. Sie ist vielfach nur auf die kurzfristigen Anstellungsverträge zurückzuführen.

Auch hier muß dringend Abhilfe geschaffen werden. Auch hier sind bei den kommenden Haushaltsberatungen die notwendigen Initiativen fällig.

Prag

sp - Die Tschechoslowakei genoß den Ruf, neben dem Satellitenstaat Ulbrichts das Land zu sein, an dem die Wogen der Entstalinisierung nicht heranbrandeten. Doch beginnt nun auch in Prag die Eisdecke zu brechen. Wie ganz oder teilweise erfolgte Rehabilitierung der Opfer der Slansky-Prozesse - eine makabre Szene, nun auch Tote in der Partei-Kartei als Mitglieder wieder zu führen - ließ aufhorchen. Nowotny, Parteichef und Staatspräsident zugleich, sah und sieht sich einem inneren und äußerem Druck ausgesetzt, wenigstens nachträglich die unter seinem Regime begangene "Verletzung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit" zu sühnen. Der Hauptstoß der Opposition kommt aus der Slowakei, und ein Slowake ist es auch, der den gestürzten Tschechen Siroky als Ministerpräsident folgt. Die junge Generation drängt noch vorn, sie verlangt den endgültigen Bruch mit der stalinistischen Vergangenheit und deren noch im Amte befindlichen Repräsentanten. Wie lange noch wird sich Nowotny halten können? Er gehörte zu den Haupteinpeitschern der Slansky-Prozesse, hat sich am längsten und heftigsten der Rehabilitierung der Opfer widersetzt; wenn er nun gezwungen ist, die halbe Regierung im Orkus verschwinden zu lassen, zeugt dies von einer Stärke der innerparteilichen Opposition, die er zu fürchten hat. Die Rebellen dürften sich nicht mit ihren Erfolgen zu frieden geben. Sie genießen die Unterstützung des Krenl und die Sympathien der Massen des tschechischen Volkes. Unter Nowotny erfolgte der industrielle Niedergang dieses einst eine hohe Blüte aufweisenden Landes, die kollektivisierte Landwirtschaft liegt darnieder und schon seit Jahren ist Prag nicht in der Lage, die wirtschaftlichen Verpflichtungen im Rahmen des Ostblocks zu erfüllen. Das wieder erwachende Rechtsempfinden einer neuen, durch die Stalinzeit nicht belasteten Generation und die Misere des wirtschaftlichen Alltags scheinen die Triebkräfte einer Entwicklung zu sein, die Prag in den nächsten Monaten mit in den Mittelpunkt des politischen Interesses rücken dürfte.

+ + +

Heinrich Sorg +

sp - Im Alter von 65 Jahren ist Heinrich Sorg, einer der Veteranen der deutschen Turn- und Sportbewegung, gestorben. In Bischofsheim Kreis Hanau geboren, hat Heinrich Sorg schon als Junger Mensch führende Positionen in der deutschen Arbeiter-Sport-Turnbewegung eingenommen. Als er 1933 von den Nationalsozialisten aus Deutschland vertrieben wurde, widmete sich Heinrich Sorg der internationalen Sportbewegung, sammelte dort große Erfahrungen und war nach seiner Rückkehr nach Deutschland im Jahre 1946 einer der ersten, die aufgrund ihrer einwandfreien politischen Vergangenheit der deutschen Turn- und Sportbewegung wieder die Türen zum internationalen Sport öffnen konnte. Der Verstorbene war ein bescheidener Mensch, dessen große Leistungen der Öffentlichkeit wenig bekannt wurden, in Fachkreisen dafür um so mehr Anerkennung fanden. Seinem Wirken ist es zu verdanken, daß nach dem zweiten Weltkrieg im freien Teil Deutschland die Turn- und Sportbewegung von politischen Einflüssen freibleiben und in den großen Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben unseres Volkes gestellt wurde. Die letzten Jahre seines Lebens widmete Heinrich Sorg der Popularisierung des "Goldenen Plans" der Deutschen Olympischen Gesellschaft, deren Mitglied er war. Viele seiner Ideen, die der Verstorbene schon nach dem ersten Weltkrieg publiziert hatte, haben im "Goldenen Plan" ihren Niederschlag gefunden. Die deutsche Turn- und Sportwelt verliert mit dem Sozialdemokraten Heinrich Sorg einen großen Förderer und Freund, dem sie stets ein ehrendes Andenken bewahren wird.

.. 2a ..

+ + +

De Gaulle - Adenauer - Pompidou

Ritte keine Illusionen !

sp. Einige politische Ereignisse in Frankreich haben am vergangenen Wochenende neue Anforderungen an die deutsche Politik gestellt. Daß der scheidende Bundeskanzler Dr. Adenauer seinen Freund Charles de Gaulle noch einmal besuchte, ist durchaus verständlich. Aufhorchen läßt jedoch die Ankündigung Adenauers, er werde auch nach seinem Rücktritt dafür sorgen, daß die deutsche und französische Politik im Gleichklang - um nicht zu sagen im Gleichschritt - bleiben werde.

Aber auch das wäre noch verständlich, denn Charles de Gaulle und Konrad Adenauer stimmen in einigen entscheidenden Fragen der westeuropäischen Politik so überein, daß diese beiden Männer selbstverständlich auch nach dem Rücktritt Adenauers in Kontakt bleiben werden.

Was jedoch aufhorchen läßt, ist die im gleichen Augenblick abgegebene Erklärung des französischen Ministerpräsidenten Pompidou und ersten Vertrauten de Gaulles, Frankreich werde nicht nur unbeirrt seine nationalen Atombewaffnungsziele verfolgen, sondern wolle auch, gemeinsam mit Europa, dafür sorgen, daß Europa als selbständiger Faktor - verbündet mit den USA - in der internationalen Politik eine entscheidende Rolle spiele. Herr Pompidou sprach auch gleichzeitig von einer antifranzösischen Front und Verschwörung, die zum Teil von den USA, zum Teil von den innenpolitischen Gegnern de Gaulles getragen werden.

Herr Pompidou und andere Vertraute de Gaulles haben schon das öfteren ähnliche Reden gehalten, aber die letzte Rede des französischen Ministerpräsidenten enthält ihre besondere Bedeutung durch den unmittelbaren Angriff auf die USA und die zeitliche Übereinstimmung mit der Erklärung Dr. Adenauers bei seinem Besuch in Rambouillet. Diese Rede Pompidous ist auch deswegen interessant, weil in der Bundesrepublik eine recht beachtliche Gruppe von CDU- und CSU-Politikern, sowie einige dieser Gruppe nahestehenden Zeitungen und Zeitschriften für die gleichen Thesen Stimmung machen, die der französische Ministerpräsident am vergangenen Wochenende vor gaullistischen Parlamentariern verkündet hat.

Wir glauben zwar nicht, daß diese Auffassungen von einer Mehrheit der politisch entscheidenden Kräfte in der Bundesrepublik geteilt werden, meinen jedoch, es sei notwendig, sie mindestens zu registrieren. Außerdem möchten wir vermeiden, daß die offizielle französische Politik glaubt, für die von Herr Pompidou entwickelten Auffassungen eine massive Unterstützung in der Bundesrepublik zu finden, denn es wäre bedauerlich, wollte man sich in Paris der Illusion hingeben, die deutsche Politik lasse sich in eine Oppositionsstellung gegen die USA drängen.

Deshalb erinnern wir noch einmal an die einstimmig vom Deutschen Bundestag angenommene Präambel zum deutsch-französischen Freundschaftsabkommen, in der deutlich genug gesagt wird, durch dieses Abkommen dürfe keine der anderen von der Bundesrepublik übernommenen internationalen Verpflichtungen beeinträchtigt oder gar blockiert werden.

+ + +

Evangelische Kirche im geteilten Deutschland

Von Pfarrer Helmut Bild

Nachdem sich die Bundesrepublik und die DDR konstituiert hatten, war die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) für lange Zeit die einzige gesamtdeutsche Institution, die noch funktionsfähig war und ihre Einheit gegen alle Störversuche behaupten konnte. Aber am 13. August 1961 wurde die Mauer auch zwischen die evangelischen Christen in den getrennten Teilen Deutschlands geschoben. Zwar stellt - von ein paar Außenseitern abgesehen - innerhalb der EKD niemand die innere Einheit der evangelischen Christenheit in Deutschland in Frage. Im Gegenteil, auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs wird immer wieder betont, daß die einzelnen Landeskirchen in der EKD zusammenbleiben wollen und daß sich diese im gemeinsamen Erbe und im gleichen Auftrag begründete Einheit durch politische Fakten nicht zerbrechen ließe. Selbst das Regime in Pankow trägt dem starken Willen zum Zusammenhalt Rechnung. Trotz aller gegen die "westdeutsche NATO-Kirche" gerichteten Polemik, die sich ständig neu an den zwischen der Bundesrepublik und der EKD abgeschlossenen Militärseelsorgevertrag erhitzen, hat man doch keinen ernsthaften Versuch unternommen, die mitteldeutschen Landeskirchen zum offenen Bruch mit der EKD zu pressen. Doch die Zusammenarbeit und die Begegnung im gemeinsamen Haus der EKD sind nach Errichtung der Mauer erheblich erschwert und stellenweise völlig verhindert worden. Die mitteldeutschen Landeskirchen sind weiterhin auf sich allein gestellt. Für das Gefüge der EKD ergeben sich daraus erhebliche Konsequenzen.

Symptom Kirchentag

Die veränderte Situation der EKD und ihre Problematik treten auf dem 11. Deutschen Evangelischen Kirchentag, der im Juli dieses Jahres in Dortmund stattfand, deutlich zu Tage. Bis her war das große Erlebnis der Kirchentage die Begegnung evangelischer Christen aus beiden Teilen Deutschlands. Nach Dortmund kamen keine Teilnehmer aus der DDR. So konnte man ihrer nur mit einer gewissen Wehmut gedenken, und vieler Äußerungen war zu entnehmen, daß mit ihnen dem Kirchentag überhaupt das Salz gefehlt habe. Das Thema von Dortmund lautete: "Mit Konflikten leben." Man hätte annehmen müssen, daß hierbei die deutsche Spaltung - der bedrückendste Konflikt schlechthin - kräftig zur Sprache gekommen wäre. In Wirklichkeit aber wurde dieses Problem kaum berührt, und es war leicht zu erkennen, daß man es mit Vorbedacht ausgeklammert hatte. Es hat den Verantwortlichen des Kirchentages einige Vorwürfe eingetragen, jedoch zu Unrecht. Nicht aus Unsicherheit oder falscher Vorsicht hat man geschwiegen, sondern aus Rücksicht auf die Christen in der DDR, die sich an dem Gespräch nicht beteiligen konnten. Denn von der sicheren Warte des Westens aus sind Diskussionen leicht zu führen und Standpunkte schnell formuliert. Im Osten ist es den Christen schwerer gemacht, ihre Situation zu klären und verantwortlich zu reden. Sie brauchen Zeit und die Gewißheit, von den Christen im anderen Teil der Welt verstanden zu werden. Darum sind sie jetzt - im Stadium der erzwungenen Isolierung - mehr auf die innere Stützung und die mitmenschliche Hilfe als auf theologischen Rat oder gar deklamatorische Worte angewiesen.

Einheit trotz Trennung

Die Bemühungen, die organisatorische Einheit der EKD und anderer kirchlicher Institutionen über den Eisernen Vorhang hinweg praktisch

zu bewahren, scheitern mehr und mehr an der Verweigerung der für Synoden und Tagungen erforderlichen Ein- und Ausreisegenehmigungen durch die Behörden der DDR. Erstmals mußten in diesem Jahr die drei großen gesamtdeutschen Gremien - die Synoden der EKD, der lutherischen und der übrigen Landeskirchen - ohne die Delegierten aus Mitteldeutschland oder in getrennten Sitzungen tagen. Ebenso wurde eine gemeinsame Tagung der Synode von Berlin-Brandenburg verhindert. Ausgesprochen töckisch war das Verhalten gegenüber dem Vorsitzenden des Rates der EKD, Präses Scharf, einem Bürger Ostberlins. Nach einem legalen Besuch im Westen verweigerte man ihm die Rückkehr und durchschnitt damit ein starkes Band zwischen den von der Mauer getrennten Kirchen. Trotzdem versucht man auch weiter alle rechtlich offenen Wege, die zur gegenseitigen Beratung und zum gemeinsamen Handeln führen, zu begehen. Vor der Synode der Vereinigten Evangelisch-lutherischen Kirche Deutschlands hat Bischof Lilje kürzlich festgestellt, daß die kirchliche Einheit zwar aufs Äußerste gefährdet, aber dennoch existent sei. Wenn die politischen Realitäten auch das Gegenteil zu beweisen schienen, so gebe es doch keine äußere Situation, die eine Kirche innerlich zerreißen könne. Die Einheit werde trotz der Trennung weiterbestehen, "solange wir unsere Brüder nicht aus dem Sinn lassen".

#### Kirche unter veränderten Verhältnissen

"Die Welt ist anders geworden" - dieser Satz geht zwar in der Kirche als Schlagwort um, aber es scheint ihr sehr schwerzufallen, daraus Konsequenzen zu ziehen. Weil sie sich zu fest in der Vergangenheit verankert hat, läuft die Kirche Gefahr, hinter der Gegenwart zurückzubleiben. Dabei wird der Anker nicht nur durch die für eine Kirche lebensnotwendigen Kräfte der Tradition gehalten, wie sie sich im Evangelium und im Bekenntnis darstellen, sondern auch durch weltliche, zeitgebundene Formen und geistige Bindungen. Auf dem Dortmunder Kirchentag erhob sich deshalb ein lautstarker Protest gegen die Zeitfremdheit der Kirche. Um so wichtiger ist es für das Bemühen der Kirche, in ihre Zeit hineinzuwirken, daß sich die Christen in der DDR vor einer völlig anderen Situation sehen. Für die mitteldeutschen Landeskirchen sind nach der radikalen Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse und unter dem Totalanspruch einer atheistischen Ideologie alle hohlen, nicht auf dem Evangelium errichteten Stützen dahingesunken. Aber gerade in dieser schwierigen und für die Betroffenen sicher schmerzlichen Lage ist die Kirche zur inneren Freiheit zurückgeführt worden. Sie ist genötigt, sich ausschließlich von ihrer Sache her und mit den Argumenten des Evangeliums ihrer Zeit und Situation zu stellen und dort ihren Dienst zu tun. Daß es hier in der Tat zu einem Durchbruch zu einer der Gegenwart entsprechenden Gestalt der Kirche kommen kann, zeigen die jüngst veröffentlichten "Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche", die von den mitteldeutschen Landeskirchen gemeinsam erarbeitet und verabschiedet wurden. Die Thesen bringen klar zum Ausdruck, in welcher Vollmacht die Kirche ihren Dienst tut, worin ihr Dienst unter den sich wandelnden Formen gesellschaftlicher Ordnungen besteht und zu welcher Haltung sie im Konflikt mit Mächten und Meinungen genötigt ist, die sich im prinzipiellen Widerspruch zum Evangelium durchsetzen wollen oder schon zur Herrschaft gelangt sind. Ganz sicher werden die "Zehn Artikel" auch die Überlegungen zu einer Reform der Kirche unter den Bedingungen des gesellschaftlichen, pluralistischen Zeitalters, wie sie in Westdeutschland und in der Ökumene angestellt werden, maßgeblich beeinflussen. Andererseits haben die Christen in der DDR mehr Zuversicht und Mut auf ihrem neuen Weg, wenn sie spüren, daß sich ihre Brüder jenseits der Mauer ihnen eng verbunden fühlen.

Hier ereignet und bewährt sich die Einheit der EKD, im ständigen geistigen und geistlichen Austausch. Die reifen Früchte der über alle Gräben hinweg behaupteten Gemeinsamkeit werden jedoch vermutlich erst dann eingebracht, wenn die äußere Spaltung beseitigt ist. Nicht nur aus nationalen Gründen, sondern auch um ihres Dienstes willen drängt die evangelische Christenheit in Deutschland zur Wiedervereinigung.

### Atomwaffenfreie Zone ?

---

Verwirrende Nebenaspekte bei der Interparlamentarischen Union  
Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleichner

In einer von dem Abschluß des Moskauer Testverbotsabkommens stark geprägten "koexistenziellen" Atmosphäre verlief die 52. Konferenz der Interparlamentarischen Union in Belgrad. Selbst das Erscheinen der unstrittenen "First Lady" Südvietnams, Madame Ngo Dinh Nhu, konnte daran nichts ändern. Die Resolutionen zu den in Belgrad behandelten Themen, Entwicklungsprobleme, Weltraumrecht, Rassen Diskriminierung und Sicherung des Friedens wurden einstimmig verabschiedet, was den Eindruck erweckte, als gäbe es fast gar keine politischen Gegensätze mehr in dieser Welt.

Vollständig konnte jedoch selbst dieser trügerisch äußere Schein nicht aufrechterhalten werden. Das Anliegen der Interparlamentarischen Union, daß ihre Beschlüsse bzw. Empfehlungen von den Parlamentariern der einzelnen Länder den jeweiligen Regierungen zur Durchführung zugeweiht werden sollen, erfordert so allgemein gehaltene Resolutionen, daß sie sowohl für West, Ost als auch für blockfreie Staaten ohne weiteres annehmbar sind. Das war auch in Belgrad der Fall, wodurch die echte politische Problematik von vornherein weitgehend aus der Erörterung ausgeklammert blieb.

Wo sie jedoch anklang, wie bei der Abstimmung über den Resolutionsentwurf zur Schaffung atomwaffenfreier Zonen und rüstungsbeschränkter Gebiete als einen ersten Schritt zur vollständigen und allgemeinen Abrüstung, kam es zu Auseinandersetzungen, ja sogar Kampfabstimmungen. Denn obwohl alle in Belgrad anwesenden Parlamentarier die Schaffung atomwaffenfreier Zonen als Beitrag zur internationalen Entspannung befürworteten, unter der Voraussetzung, daß dadurch das militärische Kräftegleichgewicht unverändert blieb, gingen doch offensichtlich die Meinungen über die Durchführung solcher Pläne stark auseinander. Ursprünglich wurde nämlich in der Resolution neben der Erwähnung der bereits bestehenden Vorschläge zur Schaffung atomwaffenfreier Zonen in Mitteleuropa, auf dem Balkan, im Mittelmeerraum, in Nordeuropa, im Pazifik, Nahen

Osten und in Lateinamerika in einem anderen Absatz auch die Hoffnung ausgedrückt, daß eine atomwaffenfreie und rüstungsbeschränkte Zone "insbesondere in Mitteleuropa, unter der Voraussetzung, daß das militärische Kräftegleichgewicht dadurch unverändert bleibt, dem Frieden dienen und einen Schritt zur Erreichung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung darstellen würde".

\* \* \*

Um diese scheinbar, in Anbetracht der allgemeinen Anerkennung der positiven Wirkung atomwaffenfreier Zonen, politisch nicht mehr allzu bedeutende Formalisierung, kam es im Verlauf der Konferenz zu der einzigen Kampfabstimmung, die erstaunliche Kuriositäten aufwies.

Die US-Delegation wollte die ausdrückliche Erwähnung M i t t e l e u r o p e s vermieden wissen und reichte einen entsprechenden Änderungsantrag ein. Die Sowjetunion befürwortete dagegen die ursprüngliche Formulierung. Die Abstimmung endete bei 245 Enthaltungen bzw. nicht mehr anwesenden Delegierten mit einem recht knappen 223 zu 201 Stimmensieg der Amerikaner. Bei dieser Abstimmung fiel jedoch auf, daß die französische Delegation geschlossen gegen den US-Antrag stimmte. Ebenso gaben von der britischen Delegation elf Mitglieder ihre Stimmen für die Beibehaltung der Formulierung "Mitteleuropa" ab, während nur drei dagegen waren. Auch fünf Italiener widersetzten sich dem amerikanischen Abänderungsvorschlag. Die belgische Delegation war überhaupt nicht anwesend.

\* \* \*

Insgesamt drängte sich der Eindruck auf, daß unter den NATO-Verbündeten Parlamentariern in dieser, wenngleich im Rahmen der Konferenz der Interparlamentarischen Union zwar nicht allzu bedeutenden, für die westliche Politik jedoch sehr wichtigen Frage eine recht große Verwirrung herrschte.

+ + +